

Quittung für „stümperhafte“ Arbeit

Die Schlappe der Landesregierung vorm Verfassungsgericht gibt den lokalen Gegnern der Gebietsreform Rückenwind. Gefordert wird einmal mehr die Beerdigung des Vorhabens, zumindest aber ein Neustart oder bessere Rahmenbedingungen.

Von Cindy Heinkel, Andreas Beer und Thomas Schwämmlein

Sonneberg – Die Sektorkorken knallen lassen? Nein, so prickelnd findet Heiko Voigt die Nachricht übers gekippte Vorschaltgesetz nicht. Das richterliche Urteil ist für den Sonneberger Bürgermeister eher Beweis dessen, was er schon lange sagt: „Dass diese Reform stümperhaft und handwerklich schlecht gemacht ist.“ Ansonsten verknüpft er sich die Siegerlaune: Es sei zwar ein Etappensieg erreicht, aber es bedeute nicht gleichzeitig, dass die Reform gestoppt sei. Die Landesregierung sollte nach dieser Schlappe „in sich gehen und überlegen, ob man generell auf Null stellt und das Ganze vernünftig angeht“.

Unbeeindruckt von aktuellen Entscheidungen auf Richter-Ebene wird es in Sonneberg die weiteren Demos am 12. und 19. Juni geben. Voigt befürchtet, dass auch ohne das Vorschaltgesetz entschieden werden könnte und politisches Gutdünken in dieser Phase vor Vernunft gehe. Deshalb sei es weiterhin vonnöten, Gesicht zu zeigen.

Auf die rund 1500 „letzten Hemden“ von Sonnebergern an die Staatskanzlei gibt es unterdessen Antwort. In einem persönlichen Schreiben von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) an den Stadtchef wird wiederholt auf dem Standpunkt beharrt, die Gebietsreform sei unumgänglich. Um gegen die Pläne zur Gebietsreform ein Zeichen zu setzen, hatten Verwaltung und Bürger aus Stadt und Landkreis die Aktion gestartet. Per Post sendeten sie ihre „letzten Hemden“, damit Sonneberg Kreisstadt bleibt, nach Erfurt.

Am Freitag trudelte die Antwort auf die Hemden-Schwemme im Rathaus ein. Zum einen mit der Botschaft, dass Ramelow selbst an keiner der bisher angekündigten Demos auf dem Bahnhofsweg teilnehmen wird. Zum anderen mit der Nachricht, dass die in Erfurt angelandeten Leichen wieder in die Kreisstadt zurückkehren werden. Wie der Büroleiter von Ramelow, Torsten Weil, be-



Beate Meißner.



Heiko Voigt.

stätigt, wird es diesen Sommer hierzu einen Termin geben: „Der Ministerpräsident kommt persönlich und übergibt die Kleidung einer karitativen Einrichtung in Sonneberg. Dann besteht ausdrücklich das Angebot an Herrn Voigt, den im Herbst in der Staatskanzlei begonnenen Dialog weiter zu führen.“ Weil kündigte an, es werde auf jedes einzelne Hemd eine postalische Rückmeldung aus Erfurt geben.

Die Gebietsreform bleibt also auf der Agenda. Somit bleibt es am Montag auch beim Auftritt von Michael Busch (*Freies Wort* berichtete). Der Coburger SPD-Landrat betont vorab seines Auftritts, es sei das Interesse Coburgs, dass Sonneberg und auch Hildburghausen auf kommunaler Ebene über die bayerisch-thüringische Ländergrenze hinweg verlässliche Partner bleiben: beim Klinikverbund Regio-med, beim Tourismusverein Coburg.Rennsteig. „Wir haben da eine ganz enge Zusammenarbeit.“ Er befürchte, diese Kooperation könne in einem neuen Großkreis gefährdet sein. Als Kommunalpolitiker halte er zudem nichts von Großkreisen, wie sie Thüringen plane. Auf Bayern übertragen, würde Coburg als Kreis in einem Gebiet aufgehen, das bis

nach Tschechien und Roth bei Nürnberg reiche. In solchen Gebilden sei, so Busch, keine Kommunalpolitik mehr möglich.

Sonnebergs CDU-Landtagsabgeordnete Beate Meißner sprach am Freitag von einer Klatsche für die Landesregierung: „Das Kernprojekt von Rot-Rot-Grün ist angezählt“ – einmal durch den Richterspruch, dann durch Umfragen, die zeigen, es gibt keine Mehrheit unter den Menschen im Land für diese Reform und

„schließlich durch die eigenen Leute an der Basis, die einen Stopp fordern.“ Die Reform abzublenden oder bei Null wieder anzufangen, so lautet Meißners Empfehlung. Der vom Land angestrebte Zeitplan sei sowieso nicht mehr zu halten, „das ist hin-fällig“. Auch lautet ihr Appell, im Protest nicht nachzulassen: „Die Kuh ist noch nicht vom Eis.“

Jenseits der Kundgebungen zog Meißner eine erste Bilanz zur Unterschriften-sammlung im Rahmen des Bürger-aufrufs des Vereines „Selbstverwaltung für Thüringen“. Wie berichtet, begann diese am 29. März auch im Landkreis Sonneberg mit dem Ziel, das von der Regierungskoalition geplante Projekt mit einem Veto zu belegen. Mittlerweile konnten in ihrem

Wahlkreisbüro bereits zahlreiche Unterschriftenlisten mit 5600 Unterzeichnern in Empfang genommen werden. Meißner: „Da ist noch Luft nach oben. Nicht nur, weil noch viele Unterschriftenlisten im Umlauf sind.“ Auch an den kommenden beiden Montagen werde im Rahmen der Demos für den Erhalt der Kreisstadt gesammelt, kündigt sie an.

Dass die Verfassungsrichter das Vorschaltgesetz aus formellen Gründen für nichtig erklärt haben, auf diese Feinheit legt Landtagsmitglied Knut Korschewsky (Linke) Wert und ergänzt: „Ich hätte mir gewünscht, dass sich das Gericht auch inhaltlich geäußert hätte.“ Darüber, dass

Mitwirkungsrechte verletzt wurden, bestehe ja kein Zweifel, aber genau hier liege der Fehler nicht bei der Landesregierung, sondern der Landtagsverwaltung, die ein Protokoll verspätet zugestellt habe. „Das müsste dem Landtagspräsidium zu denken geben“, schließt sich Korschewsky der Kritik an Landtagspräsident Christian Carius (CDU) an. Indessen sieht der Politiker die Gebietsreform als Ganzes nicht beschädigt. Er sehe nach wie vor Chancen für seinen Plan, einen Landkreis aus Sonneberg und Hildburghausen plus Teilen des

Altkreises Neuhaus zu bilden. So wie es für die Städte Gera und Weimar Ausnahmen geben könnte, wären solche auch für Landkreise möglich. Dies bedürfe aber der Mitwirkung in den beiden Landkreisen. „Schade, dass man nur Nein sagt und sich nicht beteiligt“, so Korschewsky. Enttäuscht zeigt sich der Linkspolitiker, dass sein Angebot eines Gespräches in der Staatskanzlei von den beiden Bürgermeistern in Sonneberg und Neustadt nicht angenommen worden sei. „Es besteht hier die Chance, ein starkes Oberzentrum zu bilden“, meint der Abgeordnete.

Lauschas Stadtchef Norbert Zitzmann (SPD) sieht in der Richter-wort die Chance, aus einer politisch verfahrenen Situation herauszukommen. Die Sackgasse zu verlassen, und nicht mehr den Fokus allein auf Gemeindegroßenklassen zu legen, sondern vielmehr auf die Aufgaben, welche die neuen Kommunen erledigen sollen, hierbei könne man jetzt vorankommen. Denn: An der prinzipiellen Notwendigkeit neuer Strukturen habe er auch weiterhin keine Zweifel. Aber: „Die bisher so stiefkindlich behandelte Funktionalreform“ müsste inhaltlich erster Ansatz eines Neustarts sein. Ebenso die Rahmenbedingungen. Zuletzt, so der Rathauschef, war es durch die in Aussicht gestellten Neugliederungsprämien der Stadt Neuhaus nicht möglich, mit Lauscha zu fusionieren. Unter den jetzt veränderten Vorzeichen habe die Regierung Gelegenheit, auch an dieser Stelle nachzubessern.

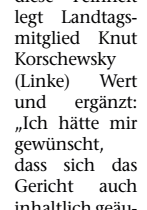


Auch an den kommenden beiden Montagen werden im Rahmen der Demos für den Erhalt der Kreisstadt Unterschriften gesammelt.

Fotos: camera900.de



Knut Korschewsky.



Norbert Zitzmann.